

Gmünder Heimatblätter

Nummer 7 SCHWÄBISCH GMÜND, August 1952 13. Jahrgang

Schwäbisch Gmünd, 150 Jahre württembergisch

Von Albert Deibele

Am 6. September 1952 sind 150 Jahre verflossen, seit Gmünd württembergisch geworden ist. Mit Gmünd verloren die meisten Reichsstädte und geistlichen Gebiete ihre Selbständigkeit. Zwar waren zu dieser Zeit die Verhandlungen, welche die Gebietsveränderungen bestimmen sollten, noch längst nicht abgeschlossen; allein die Fürsten, darunter auch Herzog Friedrich von Württemberg, beeilten sich, ihre Beute in Sicherheit zu bringen. Damit war für unsere Stadt ein Streit entschieden, der seit dem Ende der Staufer mit wechselndem Erfolg 550 Jahre lang durchgeführt worden war.

1801 war wieder einmal ein Krieg mit Frankreich zu Ende gegangen, und das Deutsche Reich hatte durch seine Uneinigkeit im Frieden von Lunéville das ganze linke Rheinufer mit Aachen, Köln, Worms und Speyer verloren. Die deutschen Fürsten, welche jenseits des Rheins Besitzungen hatten, sollten durch rechtsrheinisches Gebiet entschädigt werden. Es erfolgte nun in Paris ein würdeloses Rennen der deutschen Fürsten um die Gunst Frankreichs, und auch Württemberg wußte sich in die Verhandlungen einzuschalten. Es schloß am 20. Mai 1802 mit Napoleon den Sonderfrieden von Paris, durch welchen ihm für den Verlust von Mömpelgard, Horburg und Reichenweiher rechtsrheinisch Ersatz versprochen wurde. Zur Regelung der Entschädigungen an die verschiedenen Fürsten wurde ein deutscher Ausschuß, die Reichsdeputation, eingesetzt. Der Ausschuß kam mit seiner Arbeit erst am 25. Februar 1803 zu Ende. Inzwischen aber hatten die Fürsten längst fertige Tatsachen geschaffen, denn keiner traute dem anderen. Zu den Entschädigungen, die Württemberg in sichere Aussicht gestellt worden waren, gehörte auch die Reichsstadt Gmünd mit ihrem Gebiet.

Am 4. Juli 1802 taucht bei dem Gmünder Chronisten D. Debler zum ersten Male der Gedanke auf, daß es mit der Reichsstadtherrlichkeit in Gmünd zu Ende gehen könnte. Er schreibt (Bd. V S. 545): „Man liest in den Zeitungen, daß die Freien Reichsstädte an die Fürsten abgegeben werden sollen. Unsere wohlweisen Herren glauben es aber noch nicht." Am 10. Juli weiß er zu berichten (Bd. V S. 545): „Man will sicher wissen, daß . . . Württemberg . . .

folgende Entschädigungen erhalten solle: . . . Schwäbisch Gmünd. . . . Unsere Herren zweifeln derzeiten selbsten an ihrer fortdauernden Existenz." Debler schildert nun die trostlose Lage unserer Stadt, und wenn er (V S. 546) schreibt: „In Kürze der Zeit müssen wir anhalten, daß uns nur ein Fürst annimmt", so ist dies keineswegs eine allzu große Uebertreibung; denn tatsächlich war die Stadt konkursreif und durch ihre schlechte Verwaltung außerstande, aus eigener Kraft ihrer Not Herr zu werden. Debler, der glühende Freund seiner Vaterstadt, hat gegen den Anschluß an Württemberg nur zwei Bedenken:

1. den Militärdienst, der zu erwarten war, und den die Stadt bisher nicht kannte; denn das Gmünder Militär wurde durch bezahlte Söldner aufgebracht;
2. die Furcht vor Unterdrückung der katholischen Konfession.

In den Ratsprotokollen ist es zunächst merkwürdig ruhig. Eine Alarmnachricht kam aus Ulm. Diese Stadt berief am 12. August 1802 eiligst den Städtetag auf 16. August ein. Gmünd schickte Bürgermeister Beiswinger und Syndicus Röll. Diese berichten aus Ulm: „Von auswärts sind bisher keine Nachrichten dahin eingelaufen, die Hoffnung zu einer besseren Aussicht der Reichsstädte machen könnten." Als sie am 23. August zurückkamen, wurde sofort Ganzer Rat gehalten und streng vertraulich Bericht erstattet. Selbst im Ratsprotokoll wurde über den Inhalt der Sitzung nichts vermerkt. D. Debler schreibt (V. 558), daß es nach der Rückkunft der Gmünder Gesandten von Ulm im Rat recht geheimnisvoll hergegangen sei, und daß man nun täglich einmal oder gar zweimal Rat gehalten habe. Manche Reichsstädte hatten sich inzwischen nach Regensburg und Wien gewandt, um noch ihre Selbständigkeit zu retten. Das Stadtarchiv besitzt die Photokopien mehrerer solcher Schreiben, die immer hoffnungsloser lauten.

Da platzte inmitten der Ungewißheit, der Sorge und Angst am 6. September 1802 plötzlich die Nachricht hinein, daß noch am selben Tage die Stadt von Württemberg besetzt werden solle. Abends 9 Uhr kam dann auch Regierungsrat von Reischach als württembergischer Kommissär. Er nahm auf der Post Quartier und ließ sogleich den Bürgermeister vor sich rufen. Diesem eröffnete er, daß auf andern Morgen früh 7 Uhr der Ganze Rat einzuberufen sei, damit er diesem seinen Auftrag eröffnen könne. Am andern Morgen wurde von Reischach von Syndikus Röll, Oberstädtmeister Kucher und Städtmeister Herlikofer abgeholt. Die städtischen Beamten steckten in Staatskleidern und hatten den Degen umgeschnallt. Von Reischach blieb nur eine halbe Stunde im Rat. Das Ratsprotokoll berichtet darüber folgendes (S. 141): „Den 7. September in Pleno Extraordinario (außerordentlichem Rat) wird durch einen Herzogl. Württemb. Kommissär die provisorische militärische Occupation (Besetzung) der hiesigen Reichsstadt Schw. Gmünd durch ein Herzogl. Reskript sowohl als auch durch ein eigenhändiges Schreiben insinuiert. Ponetur insinuatio ocupationis civitatis nostrae gamundianae cum Commissario ad acta." (Ueber die aufgedrungene Besetzung unserer Stadt durch den Kommissär wird zur Tagesordnung übergegangen.)

Das herzogliche Schreiben hatte etwa folgenden Inhalt: Da andere Fürsten die ihnen zugewiesenen Länder schon provisorisch besetzten, bis von Kaiser und Reich etwas bestimmt sei, sehe sich der Herzog von Württemberg genötigt, zur Wahrung seiner zugesicherten Rechte eine Truppenabteilung nach Gmünd und sein Gebiet zu legen. Das Militär habe strenge

Weisung, sich nicht im mindesten in die Zivilverwaltung zu mischen; auch sei ihm nur Obdach zu gewähren, nicht aber Verpflegung.

Schon um 12 Uhr reiste Regierungsrat von Reischach wieder ab. Am 8. September wurde die Bürgerschaft zunftweise auf das Rathaus geboten und ihr der Inhalt des herzoglichen Schreibens mitgeteilt. Dabei wurde jedermann ermahnt, bei hoher Strafe sich alles Schimpfens zu enthalten. Den Tag darauf am 9. September morgens zwischen 6 und 7 Uhr rückte württembergisches Militär hier ein. Ein Teil davon zog gleich nach Aalen und Ellwangen weiter; 260 Mann aber blieben hier. Sie besetzten sofort die Hauptwachten und die Tore und führten sich recht wacker auf. Das Gmünder Militär wurde sofort entlassen; doch mischte man bald einzelne von ihnen unter die Besatzungstruppe. Die fremden Werbestellen, darunter auch die kaiserliche, wurden sofort geschlossen. Vor den städtischen höheren Beamten wurde zum Leidwesen der Betroffenen nun nicht mehr präsentiert. Diese Ehre erfuhren nur noch die Geistlichen. Ging eine Prozession, ein Leichenzug, ein Geistlicher auf dem Versehgang an der Wache vorüber, so wurde herausgerufen. Das wurde von den Gmündern freudig aufgenommen. Doch ließen sich kleinere Anstände mit der „Besatzungsmacht" nicht vermeiden. So weigerte sich der Führer der hiesigen Abteilung, Oberstleutnant von Hofer, die Bäckerlöhne in der geforderten Höhe zu bezahlen. Der Offizier auf der Wache hatte ebenfalls einen kleinen Span auszufechten. Er verlangte ein Sofa, damit er nicht die ganze Nacht auf dem Stuhl sitzen müsse. Ratskonsulent Stadlinger gab ihm zur Antwort, daß man dafür nicht etliche 70 Gulden aufwenden könne. Der Offizier aber ließ ihm melden, daß er sich eine geschicktere Antwort ausbitte, denn Grobheiten sei er nicht gewohnt. Darauf ließ man ein Sofa aus der Ratsstube holen.

Etwas größeren Anstand gab es wegen der Bereitstellung einer Kaserne. Schließlich einigte man sich auf das Waisenhaus (heutige Gewerbeschule). Inzwischen waren an die Besatzungstruppe viele Beschwerden wegen der Verteilung der Quartierlasten eingegangen. Zur Schlichtung der Anstände kam der Oberkommandierende der Besatzungstruppen, ein General, von Ellwangen hierher. Er war gegen die Gmünder sehr ungnädig und sagte den Herren auf dem Rathaus, man kenne Gmünd schon; die Stadt sei bei Seiner Herzogl. Durchlaucht ohnedem sehr übel angeschrieben. Die Stadt wolle die Besatzungstruppen nur auf das Land abschieben. Wolle man aus dem Waisenhaus eine Kaserne machen, so verlange er für seine Leute Federbetten. Dann ließ sich der General noch das Augustinerkloster, die Fuggerei, das Dominikanerkloster und das Klösterle zeigen und sagte, nach Gmünd müsse noch ein Bataillon Soldaten gelegt werden, weil die Bürger zu schlimm seien. Es waren dies ungerechte Vorwürfe gegen die Bevölkerung; denn bis dahin hatten sich Offiziere sowohl wie die Mannschaft mit der Bevölkerung von Gmünd recht gut vertragen. Es war immer ein gern gesehenes Schauspiel, wenn die württembergischen Truppen exerzierten, was jeden anderen Tag geschah, oder wenn täglich um 11 Uhr die Wachtparade aufzog.

Das Verhältnis der Bürger zur Besatzungsmacht kühlte sich nun merklich ab. Vor allem wurde es sehr übel aufgenommen, daß die Bürger, wenn sie an der Wache vorbeigingen, die Kopfbedeckung abnehmen sollten. Man drohte, im Weigerungsfalle die Hüte herunterzuschlagen. Das war denn den demokratischen Reichsstädtern doch zu viel. D. Debler beklagt sich bitter darüber, wenn er schreibt, wir sind doch noch Reichsstädter und hatten

keinen Zwang, Höflichkeit und Komplimenter zu machen. Das Militär hatte sich, so viel aus den Akten zu entnehmen ist, an die Weisung gehalten, sich nicht in die Stadtverwaltung zu mischen. Die württembergische Regierung aber ließ von allem Anfang an deutlich erkennen, daß die Reichsstadtherrlichkeit für immer vorbei sei. Wohl griff sie zunächst nicht in die Verwaltung der Stadt ein; auch ging der Verkehr zwischen Gmünd, Regensburg und Wien unbehindert weiter; aber als von Reischach am 11. September nach Gmünd zurückkehrte, legte er dem Magistrat einen Bogen mit 300 Fragen vor, die alsbald beantwortet werden sollten. Da er aber sah, daß die Herren nicht sogleich fertig würden, reiste er ab, um nach acht Tagen wieder zu kommen, wo dann die Arbeit getan sein müsse.

Am 15. September traf ein Forstmeister ein, der die Wälder aufzunehmen hatte. Am 16. Oktober 1802 kam der Befehl, das hiesige Militär zu mustern. Unangenehmer war die Verordnung vom 18. Oktober, die Einkünfte der Stadt, der Pflegschaften, der Klöster usw. aufs genaueste aufzunehmen. Das Ratsprotokoll spricht hier noch von einem „Ansinnen“ des Kammerherrn und Regierungsrates von Reischach. Alle diese Befehle ließen natürlich noch manche Fragen offen, und so kam es, daß trotz der „provisorischen“ Besetzung der Stadt viele Deputationen von geistlicher und weltlicher Seite nach Stuttgart und Ellwangen abgingen. Das Rückgrat aber scheint der Stadtverwaltung gebrochen worden zu sein, als am 20. Oktober 1802 ein gedrucktes Schreiben kam, nach welchem die Anstellung und Besoldung der städtischen Beamten von der Gnade des Herzogs abhänge. „Das war ein Donnerschlag“, schreibt D. Debler. Von nun ab finden wir eine fast kriecherische Unterwürfigkeit gegen den Herzog. Es ist ein Schönheitsfehler, daß die alte Reichsstadt es nicht verstand, würdevoll zu sterben. Das zeigte sich besonders am Geburtsfest des Herzogs, das auf 6. November fiel. Da war ein Getue mit Hochamt und Tedeum, mit Paraden des Bürger- und Gesellencorps, mit Salven und Platzmusik. Magistrat und Beamtenschaft zogen in vollem Staate in feierlicher Prozession vom Rathaus zur Kirche. Andern Tags war großer Ball auf der Post, wozu die ganze Vornehmheit der Stadt erschien. Sogar der Weihbischof, Fürst zu Hohenlohe, fand sich für kurze Zeit dort ein. Mit Anflehung des Allerhöchsten um Gesundheit und langes Leben Seiner Durchlaucht wurde das Fest beschlossen. Der Chronist aber schreibt: „Es geht doch noch ganz kalt zu, und man sieht es wohl, was nicht vom Herzen geht (kommt), geht auch nicht zu Herzen.“

Die eigentliche Besitznahme der Stadt

Anfänglich glaubte man bei Rat und Bürgerschaft noch leise, daß der Kaiser und manche ausländische Fürsten die Gewalttat gegen die Reichsstädte und die geistlichen Besitzungen nicht dulden würden. Als aber Württemberg am 25. November 1802 zur eigentlichen Besitznahme der Stadt schritt, war jede Hoffnung zerstört. Die Ratsprotokolle schweigen sich über diesen wichtigen Vorgang vollständig aus; Dominikus Debler aber weiß darüber ziemlich ausführlich zu berichten.

Am 25. November 1802 kam Hofrat von Bernreiter hier an, um im Namen Herzog Friedrichs II. von Gmünd Besitz zu nehmen. Das herzogliche Dekret trägt das Datum: Ludwigsburg, 23. November 1802 und hat folgenden Inhalt: „Auf Grund des Lunéviller Friedens ist die Stadt Schwäb. Gmünd und ihr Gebiet mit allen Rechten und Einkünften an Württemberg gekommen. Der Herzog verlangt unbedingte Unterwerfung und Huldigung.

Dafür verspricht er, das Wohl der Stadt zu fördern und ihre Bewohner in der Ausübung der katholischen Konfession zu schützen. Die Beamten sollen vorderhand in ihren Stellungen bleiben. Ihr Verhalten werde über ihre weitere Zukunft entscheiden." Am 26. November 1802 mußten alle Ratsherren und Beamten sowie das hiesige Militär Handtreue schwören. Darauf wurden die Bücher, Gelder und Kassen übergeben und versiegelt. Nachmittags wurde die Geistlichkeit in Eid genommen. Noch am selben Tage wurden zwei Stadtboten angenommen. Sie erhielten gelbe Kleider mit schwarzen Aufschlägen und die drei württembergischen Hirschhörner an den linken Aermel. Am folgenden Tag, dem 27. November, wurden an allen wichtigen Gebäuden der Stadt das herzoglich württembergische Wappen und das herzogliche Edikt angeschlagen. 18 Mann mit Ober- und Untergewehr dienten als Bedeckung. Die beiden Stadtboten trugen die Wappen, Ratskonsulent Herlikofer die Papiere. Auch auf allen gmündischen Dörfern, Höfen und Mühlen wurde das württembergische Wappen angeschlagen. Darauf wurden überall die Reichs- und Stadtwappen abgerissen und abgehauen. Ratskonsulent Herlikofer konnte darin nicht genug tun. Im Münster verloren damals die vorderen Eichentüren ihren Wappenschmuck. Heute noch sieht man die leeren Fassungen. Auch im Innern wurden sämtliche Wappen heruntergeschlagen, überstrichen oder abgenommen. Den Adlern an den Messingleuchtern im Chore nahm man die Flügel ab. Es war ein rührender Auftritt, all dieses zu sehen, klagt der Chronist. Am 30. November wurden noch am Rathaus Adler und Einhorn weggehauen. Nur noch wenige Wappen in hiesiger Stadt entgingen der sinnlosen Zerstörungswut.

Auf den städtischen Fruchtböden wurden die Früchte aufgenommen und vorläufig verschlossen. Die Klöster wurden unter strenge Aufsicht des Staates gestellt und ihren Insassen ein Jahrgeld in Aussicht gestellt.

Große Umwälzungen gab es im Rat. Da nahm nun Hofkommissarius Sattler den Platz des Bürgermeisters ein. Zum erstenmale erschien er am 4. Dezember 1802 im Rat. Sofort spürte man den scharfen württembergischen Wind, der hier allerdings sehr nötig war. Sattler verlangte:

1. Abschrift von sämtlichen seit der Besitzergreifung vorgefallenen Verhandlungen.
2. Das Verzeichnis sämtlicher städtischen Beamten.
3. Drei Tage vor jeder Ratsversammlung müssen ihm die Verhandlungsgegenstände bekannt gemacht werden.
4. Sämtliche Verwalter von Pflegschaften haben sich schriftlich darüber zu rechtfertigen, warum die Jahresrechnungen nicht jedesmal verfertigt wurden.
5. Ferner sei ihm bekannt, daß ein Gefangener schon 7 Wochen im Gefängnis liege, ohne auch nur einmal vernommen worden zu sein.

Die Ratsprotokolle wurden von Sattler stets durchgesehen, korrigiert und unterzeichnet.

Eine solche Sprache waren die Gmünder nicht gewohnt; aber angesichts ihrer bisherigen Mißwirtschaft wurden sie butterweich. Am 9. Dezember 1802 wurde ein Schreiben des Herzogs verlesen, „daß Höchstdieselbe dem Wunsch des Löbl. Magistrats, Seiner Herzogl. Durchl. die Untertänigste Aufwartung zu machen und die gehorsamste Devotion zu bezeigen, gerne entspreche." So weit war es mit dem Bürgerstolz gekommen!

Zur selben Zeit wurde den Gmündern untersagt, sich an die Reichsgerichte zu wenden und sie in ihren Streitsachen an den Herzog verwiesen. Ferner wird der Bezug auswärtiger Zeitungen eingestellt und nur noch der Schwäbische Merkur und die „Polizei-Fama“ gehalten. In der Rechtspflege wird auf beschleunigtes Verfahren und gerechtes Urteil gedrungen; die Marktpreise werden geregelt; die Feuerlöschgeräte sollen instand gesetzt werden. Die Landstraße nach Ellwangen sollte in tunlichster Kürze ausgebessert werden. Die dazu nötigen Gelder sind durch scharfe Eintreibung der Steuerrückstände aufzubringen. Ueberall greift der Herzog mit starker Hand ordnend und regelnd, gebietend und verbietend ein.

Am 10. Dezember sollten die Landpfarrer in hiesiger Stadt huldigen. Plötzlich wurde dieser Befehl wieder zurückgenommen. Außerdem machte sich die hiesige Besatzung zum Abmarsch bereit. Die Hochwachten und die Wachen an den Toren wurden dem Magistrat übergeben. Das führte zu dem Gerücht, der Kaiser sei mit großer Heeresmacht im Anmarsch. Nun jubelt der Chronist: „Wir sind also wieder Kaiserlich Freie Reichsbürger, nachdem wir in ganzen 95 Tagen gezwungen württembergische Untertanen waren! Die 95 Tage haben die württembergischen Truppen der Stadt und Bürgerschaft etliche tausend Gulden gekostet. Die Gemeinen wie auch die Offiziere bezahlten nichts und ließen sich gut bedienen. Die Offiziere besonders waren sehr grob.“ Doch alles war nur blinder Alarm.

Am 17. Dezember wurden die hiesigen Soldaten auf das Rathaus bestellt. Dort mußten sie sich entscheiden, ob sie ihren Abschied nehmen oder sich aufs neue anwerben lassen wollten. Die meisten nahmen ihren Abschied. Die Dragoner wurden sämtlich entlassen.

Mit dem 5. Januar 1803 schließen die Ratsprotokolle. Wie die Eingliederung unserer Stadt in den württembergischen Staat erfolgte, wird zu gegebener Zeit bei der „Geschichte der Reichsstadt Gmünd“ behandelt werden.

Die Gerechtigkeit verlangt zu bekennen, daß Württemberg in diesen 150 Jahren alles getan hat, um das Wohl unserer Stadt zu fördern. Manche harte Maßnahmen der ersten Jahre mag man bedauern; allein sie erklären sich aus den Schrecknissen der napoleonischen Gewaltherrschaft und dem Zusammenbruch alter überlieferter Staatsformen. Die rastlose, weitsichtige Fürsorge, die Friedrich seinem Lande angedeihen ließ, versöhnt uns selbst in etwas mit der Härte und Unbeugsamkeit seines Charakters. Das eine ist sicher: Die Zeit der Reichsstädte war vorbei. Mit oder ohne Napoleon mußten sie verschwinden, denn wenn der Apfel reif ist, fällt er.

Josef Wannenmacher

Von E. Gündle (Fortsetzung)

Die Leidensszenen beginnen mit dem Abschied Jesu von der Mutter. Dieses Bild gehört zu den besten des Kirchleins und zeichnet sich, wie auch die Ölbergszene durch Zartheit der Empfindung aus, die andern Bilder sind meist recht realistisch und lassen nicht jene Teilnahme und Andacht aufkommen, die sie bezwecken sollten. Schuld ist wohl auch die mangelhafte Erneuerung. Das Kirchlein war ja lange Zeit seinem Zweck entfremdet und stark heruntergekommen und mußte gründlich renoviert werden. Die Bilder waren kaum mehr zu erkennen, so ist es leicht erklärlich, daß viel Ursprünglichkeit verloren ging, und auch heute sind besonders die Decken-